

Frankreich:

Politcomeback für Strauss-Kahn? Komplott-Gerüchte im Aufwind

VON DANNY LEDER, PARIS

Jetzt muss sich Nicolas Sarkozy neue Sorgen machen. Das in der französischen Bevölkerung niemals völlig erlahmte Gefühl, Strauss-Kahn sei „in eine Falle getappt“, scheint sich nun heftiger denn je Bahn zu brechen. Laut verbreiteter Volksmeinung habe der bürgerliche Staatschef ein „Komplott“ gegen Strauss-Kahn angeordnet, um den Hoffnungsträger der Sozialisten und Umfragefavoriten für die Präsidentenwahlen 2012 los zu werden.

Als Vehikel für diese Stimmung wirkt eine Welle von Reaktionen im Internet: diese behaupten, die französischen Besitzer der Hotelgruppe, zu der auch das New Yorker Etablissement zählte, in dem Strauss-Kahn abgestiegen war, würden zum Unterstützerkreis von Sarkozy zählen. Genährt werden diese Verdächtigungen durch die tatsächlichen sehr engen Seilschaften zwischen Sarkozy und Konzernbossen sowie der Tradition geheimdienstlicher Untergriffe im Schatten der französischen Präsidenten.

SP-Politiker äußerten sich begeistert über die sich nunmehr abzeichnende juristische Reinwaschung von Strauss-Kahn. Dabei betonten einige, mit Seitenhieben auf Medien, wie wichtig die „Wahrung der Unschuldsvermutung“ sei. Die bisherige Parteivorsitzende und, seit Dienstag, potentielle Kandidatin für die Präsidentenwahlen 2012, Martine Aubry, erklärte, sie empfinde „eine immense Freude“.

Faktisch aber bringt der Paukenschlag aus den USA die mühsam auf die Reihe gebrachte Strategie der SP-Spitzen für die Präsidentenwahlen 2012 wieder durcheinander. Heikel ist vor allem die Position von Martine Aubry.

Ursprünglich wollte sie Strauss-Kahn den Vortritt lassen. Jetzt ist aber Aubrys Bewerbung für die Vorwahlen der Sozialisten im Herbst offiziell. Diese Vorwahlen sind eine Premiere in Frankreichs Parteiengeschichte: sie sind nicht nur Parteimitgliedern vorbehalten sondern stehen allen französischen Wählern offen, die sich in einer Erklärung zur Linken bekennen.

Bisher bewerben sich fünf Kandidaten, darunter der nunmehrige Umfragefavorit Francois Hollande und die vormalige SP-Präsidentschaftskandidatin

(und Ex-Lebensgefährtin von Hollande) Ségolène Royal. Theoretisch können noch bis zum 13. Juli Kandidaturen eingereicht werden. Aber schon jetzt ist ein Streit darüber entbrannt, ob dieses Verfahren nicht verlängert oder gar ausgesetzt werden soll. Ein SP-Promi, Ex-Kulturminister Jack Lang, erklärte: „Die Linke kann auf einen Kandidaten vom Kaliber von Strauss-Kahn nicht verzichten“.

Dabei fällt freilich unter den Tisch, dass inzwischen auch in Frankreich eine junge Frau, Strauss-Kahn einen Nötigungsversuch vorwirft, und dass junge Politikerinnen über Dauerbelästigungen und Grapschen durch Strauss-Kahn klagen. Frauenrechtlerinnen hatten erstmals Widerhall gefunden, als sie den fließenden Übergang zwischen sexueller Daueranmache und Übergriffen durch Männer in Machtpositionen anprangerten und die Vertuschung dieser Affären im Politikermilieu geißelten. Ein Staatssekretär, dem zwei Frauen sexuellen Missbrauch vorwarfen, musste zurücktreten. Gegen ihn läuft jetzt eine gerichtliche Voruntersuchung.